

Der aktuelle Kenntnisstand

Zu: „Da schluckt der Rassist“, Leserforum vom 23. Juni

Als das Grundgesetz formuliert wurde, beschränkte sich die Vorstellung einer Aufteilung der Menschen in Rassen nicht nur auf die Nazis, die die Juden zu einer eigenen Rasse erklärt und ihnen unterstellt hatten, einen schädlichen Einfluss auf die arische Rasse zu haben, so dass sie letztlich vernichtet werden müssten. Auch Nazigeegner stellten damals das Rassenkonzept an sich nicht in Frage. Niemand sollte die Menschen allerdings daran hindern, sich weiterzuentwickeln, klüger zu werden und insbesondere auch Konstrukte, die Kolonialismus und Sklavenshaltung rechtfertigten, zu erkennen und zurückzuweisen.

Das Problem bei der Benennung von „Rasse“ in Artikel 3 des Grundgesetzes ist, dass dadurch weiterhin nahegelegt wird, es gebe verschiedene menschliche Rassen. Tatsächlich gehen heutzutage jedoch lediglich rassistische Theorien davon aus, es gebe diese unterschiedlichen menschlichen Rassen wirklich.

Streng genommen bedeutet Rassismusbekämpfung bei Beibehaltung des Rassenbegriffs somit, dass eine antirassistische Ausrichtung zugleich auch das rassistische Menschenbild unausgesprochen anerkennt. Würde der Begriff „Rasse“ jedoch aus dem Grundgesetz getilgt, leistete unsere Verfassung einen wichtigen Beitrag zur Anerkennung des aktuellen Erkenntnisstandes und würde dadurch im besten Sinne vorbildlich, zur Bewusstseinsbildung beitragend. Ein historisches Dokument anzupassen, ist keine Symbolpolitik oder hilflose Scheindebatte, wie Politiker der CDU glauben machen wollen.

Siegfried Kowallek, Neuwied

Diskussion: frblog.de/rasse



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

FR ERLEBEN

Manuel Almeida Vergara diskutiert im „Modcast“ mit Patrice Bouédibéla über den Sinn einer „Frankfurt Fashion Week“. Die Ausgabe des Modecast erscheint am: **Donnerstag, 2. Juli** fashionunited.de modcast.podigee.io

Menschen werden mit Abfall gleichgesetzt

Taz-Kolumne: „Seehofers Wendigkeit“ und „Allein auf weißer Flur“, FR-Meinung vom 26. und 29. Juni

Aus den finstersten Zeiten Deutschlands

„Wenn heute Menschen ganz offen als Müll bezeichnet werden“, schrieb die linke „taz“ im Jahr 2017, „dann hat unsere Gesellschaft ein Problem.“ Ein Problem, das inzwischen offenbar gewachsen ist. Denn nun ist es auch in der „taz“ möglich, Menschen mit Abfall auf einer Mülldeponie gleichzusetzen. Die Zeitung findet das nicht so problematisch. Statt sich für diesen schlimmen Fauxpas zu entschuldigen, verteidigt die Chefredaktion die Hasskolumne ihrer Autorin gegen die Polizei.

Hengameh Yaghoobifarah fällt nur eine geeignete Option ein, wo man berufsunfähige Polizisten abladen könnte: auf der Mülldeponie. Wörtlich schreibt sie: „Nicht als Müllmenschen mit Schlüsseln zu Häusern, sondern auf der Halde, wo sie wirklich nur von Abfall umgeben sind. Unter ihresgleichen fühlen sie sich bestimmt auch selber am wohlsten.“

Das ist ein von Menschenverachtung sprießendes Vokabular, das man nur aus den finstersten Zeiten Deutschlands kennt. Mit Satire hat diese abscheuliche Entgleisung jedenfalls nichts gemein. Eher schon mit dem Straftatbestand der Volksverhetzung.

Kurz vorher stellte die SPD-Vorsitzende Saskia Esken, die sich nach eigener Aussage als Teil der Antifa versteht, die Polizei unter Generalverdacht. Wenn Sie den Gesetzeshütern ins Gesicht sehen muss, würde sie das Gegenteil behaupten. Im Umkehrschluss also bewusst lügen. Eine solche Aussage kommt aus dem Mund der Vorsitzenden einer ehemals großen Volkspartei. Auf von Steuergeldern finanzierten Personenschutz (häufig Polizisten) mag Esken allerdings nicht verzichten.

Kurt Schumacher, Willy Brandt und Helmut Schmidt

wälzen sich angesichts der aktuellen Parteiführung der Sozialdemokraten im Grab hin und her. Insbesondere Esken ist mit ihrer Aufgabe offenbar heillos überfordert. Als SPD-Vorsitzende ist sie die Personifizierung des geistigen und moralischen Niedergangs einer einstmals staatstragenden Volkspartei. Esken, die zum Lachen augenscheinlich in den Keller geht, hat ihre Partei in den selbigen mit hinuntergezogen. Viele altgediente und auf kommunaler Ebene engagiert und bürgernah agierende Sozialdemokraten registrieren die Entwicklung der Partei an der Bundesspitze mit großer Besorgnis.

Sich langweilende und sich angeblich benachteiligt fühlende jugendliche Randalierer aus der Stuttgarter „Partyszene“ fühlen sich ermutigt, aus dem Hinterhalt mit gestrecktem Bein in den Rücken von Polizisten zu springen und dabei bewusst schwerste Verletzungen der ihren Beruf ausübenden Ordnungshüter in Kauf nehmen. Die zunehmende Verrohung der Gesellschaft braucht niemandem mehr zu überraschen.

Alfred Kastner, Weiden

Wo hat Satire Grenzen? Bei der Menschenwürde?

Kurt Tucholsky hat gesagt: „Satire darf alles!“ Damals gab es in unseren Ländern noch nicht den Artikel 1 des Grundgesetzes: „Die Würde des Menschen ist unantastbar!“ Die Zeit ist offensichtlich reif für die Erörterung der Frage, wo in unserer Gesellschaft sowohl die Menschenwürde als auch die Satire ihre Grenze hat. Eines steht schon fest: Wer immer den Mund aufmacht, um etwas zu sagen, und wer immer den Stift ansetzt, um etwas zu schreiben, und wer immer die Hand hebt, um etwas zu tun, trägt die persönliche Verantwortung für die Folgen. Er

sollte zu dieser Verantwortung stehen, nicht versuchen, sich ihr zu entziehen und auch nicht klagen, wenn die Folgen schmerzlich werden.

Otfried Schrot, Ronnenberg

Sprachmuster des „Dritten Reichs“

Es ist erschreckend, dass die menschenverachtende Kolumne einer taz-Schreiberin nun in einem Leserbrief der FR vom 26.6. auch noch vehement verteidigt wird. Schon Polizisten pauschal als Faschos zu bezeichnen ist milde gesagt fragwürdig.

Mag sein, dass dieses Blatt und seine Schreiberin sich als links verstehen. Wer aber Menschen gleich welcher Art als Abfall sieht oder sie dorthin stellt, zeigt seine deutliche Nähe zu rechtsextremem, faschistischem Gedankengut. Und hat mit „links“ nichts zu tun, außer man steht noch auf Stalin.

Erinnern wir uns doch mal an Zeiten, in denen Menschen zuerst als Ungeziefer bezeichnet und bald darauf auch so behandelt und ausgerottet wurden. Der Unterschied zu „Müll“ ist so groß nicht, wenn auch zunächst nur sprachlich. Dass es in dieser aufgeheizten Situation auch Leute gibt, die den Schritt von der Verächtlichmachung in der taz zu tätlichen Angriffen gegen Menschen gehen, zeigen uns die in derselben Rundschau beschriebenen Ereignisse in Stuttgart, wo einer einem Menschen mit den Füßen ins Kreuz springt.

Die Tatsache, dass es auch Polizisten mit rassistischen Ansichten gibt, kann kein Vorwand sein, zu den Denk- und Sprachmustern des „Dritten Reichs“ zurückzukehren. Von Straßenkämpfen ganz zu schweigen.

Manfred Stibaner, Dreieich

Diskussion: frblog.de/taz

Hoher Blutzoll

Zum Jahrestag des Beginns von „Unternehmen Barbarossa“

Am 22. Juni 1941 überfiel Nazi-Deutschland die Sowjetunion, sie nannten es „Unternehmen Barbarossa“. Der Überfall war von Deutschland von vornherein als Vernichtungskrieg geplant. Ein Jahr später, 1942 gelang sowjetischen Truppen in einer blutigen Schlacht in Stalingrad die Wende. Schritt für Schritt wurde erst die UdSSR, schließlich ganz Europa von der Nazi-Barbarei befreit. Es kostet ca. 27 Millionen Sowjetmensch, Rotarmisten und Zivilisten, das Leben.

Der Umgang Deutschlands mit diesem Land, dass einen so hohen Blutzoll entrichtete, blieb und bleibt bis heute beschämend. Ein Ausdruck dafür ist zum Beispiel, dass in Ihrer Zeitung dieser Jahrestag mit keinem Wort erwähnt wurde.

Mario Gesiarz, Frankfurt

Vielleicht sind wir es, die den Weltmarkt machen?

Billigfleisch: „Darauf ein Glas Senf“, FR-Meinung vom 24. Juni

Die Verbraucher sollten sich nicht beklagen

Sauen zwischen Eisengitter ohne Bewegungsmöglichkeit, Ferkel betäubungslos den Schwanz und die Hoden abschneiden, Haltung auf Betonspaltenboden über Treibmistkanälen – Hauptsache Kosten vermeiden. Und wenn die Tiere schon so gehalten werden, warum sollte es bei den Arbeitern anders sein? Mal abgesehen von der Vermeidung von Lohnsteuer und Sozialversicherung – also absichtlicher Schädigung des Gemeinwesens.

Die Partei, die jahrelang die Kontrollen zurückgefahren hat und wiederholt gegen bessere Tierhaltung gestimmt hat, hat von dem Schlachtbetrieb in Rheda-Wiedenbrück immer wieder fünfstelligen Spenden erhalten (honi soit qui mal y pense – oder etwa doch?).

Und dann stellt sich eine Ministerin derselben Partei ins Fernsehen und kocht mit Fleisch der untersten Preisklasse.

Aber die Verbraucher sollten sich nicht beklagen, denn es gibt überall lokale Metzgereien, die anzeigen, von welchem Betrieb das Schlachtvieh kommt, und die nur mit eigenen Fachkräften die Schlachtung vornehmen. Aber „Geiz ist geil“ – und beim Discounter ist alles billiger.

Paul R. Woods, Neumagen-Dhron

Weitreichende moralische Verkommenheit

Beim Betrachten der Obszönitäten um die Fleisch- und Geflügelverwertungs-Industrie herum kommen mir zwei Gedankenstränge:

Seit Jahrzehnten toleriert unser Staat/unsere Politik ein massives Umwelt- und Sozialdumping in diesem großen Sektor

oder befördert es sogar teilweise. In Dänemark, das auch eine große Schweinefleischindustrie besitzt, gingen Tausende Arbeitsplätze unter, denn dort werden vernünftige Löhne gezahlt und es walten hohe Hygienestandards. Diese Situation müsste in Brüssel Frau Vestager auf den Plan rufen, die Deutschland mit einem Verfahren gegen unlauteres Dumping zu überziehen hätte. Man erzähle mir jetzt bitte nichts vom Druck des Weltmarktes.

Es fällt ja anscheinend immer noch genug ab für die Lokalmillionäre. Und vielleicht sind wir es, die den Weltmarkt machen?

Der andere Strang geht tiefer, ist aber auch spekulativer: Gibt es eine Mentalitätskette in Deutschland von den Rittergutsbesitzern unter Hindenburg, der Herrenrasse danach und deren Umgang mit Zwangsarbeitern/Kriegsgefangenen und den Wiederaufbaukapitänen der Nach-

kriegszeit bis zu deren Nachfolgern heute, die sich in der Behandlung unserer Mitbürger aus der östlichen EU-Ländern ausdrückt, indem man meint, wenn jemand aus dortigen ärmeren Verhältnissen kommt, könne man ihm anständige Behandlung vorenthalten? Möglicherweise mit der Begründung, er sei es ja nicht anders gewöhnt?

Immerhin tun diese Mitbürger die Arbeit, für die sich kaum ein Hiesiger krummmachen würde. Bindet man beide Stränge zusammen, ergibt sich mir ein Bild ziemlich weit reichender moralischer Verkommenheit hierzulande.

Hans J. Lehmann, Hilden

Diskussion: frblog.de/toennies-2

Alle Leserbriefe dieses Leserforums wurden auch online veröffentlicht – im FR-Blog, der Fortsetzung des Print-Leserforums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20200629